

Niederschrift

über die 4. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Straßen, Wege und Feuerlöschwesen

am Dienstag, dem **29.08.2017**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 3 vom 07.06.2017**
- 4. Ausweisung von Anwohnerparkplätzen im Bereich des Karl-Marx-Platzes
Vorlage: 129/2017**
- 5. Antrag auf Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h im Bereich des Plögerweges
Vorlage: 130/2017**
- 6. Antrag auf Umsetzung weiterer verkehrsberuhigter Maßnahmen im Bereich der Umfangstraße
Vorlage: 131/2017**
- 7. Eingabe zur Verkehrssituation im Bereich des Timpweges (neu) / Zeteler Marsch
Vorlage: 133/2017**
- 8. Verkehrssituation im Bereich des Altendeichsweges; hier: Ergebnis einer durchgeführten Viacountmessung
Vorlage: 132/2017**
- 9. Verkehrsunfallgeschehen in Sande, hier insbesondere: L 815 / K 294 (ehem. "Scharfe Ecke", "Sander Ei")
Vorlage: 134/2017**
- 10. Straßenunterhaltungsarbeiten 2017
Vorlage: 128/2017**
- 11. Abschluss einer Vereinbarung nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz für den BÜ Südstraße**

Vorlage: 127/2017

12. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Beigeordneter Reinhard Oncken als Ausschussvorsitzender
Ratsherr Frank David
Beigeordnete Kirstin Pöppelmeier
Ratsherr Franz Tellner
Ratsherr Andreas Tieste
Ratsherr Uwe Wispeler

Vertreter/in

Ratsfrau Angela Hoffbauer Vertretung für Herrn
Ratsherr Hermann
Kleemann

Gäste

Dipl.-Geogr. Dr. A. Plata, Eagle Eye, Berlin

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann
Verwaltungsfachangestellter Hans-Hermann Tramann
Dipl.-Ingenieur Jan Richter
Verwaltungsfachangestellte Ruth Jürgens als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Beigeordneter Oncken, begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

Der Ausschuss sprach sich übereinstimmend dafür aus, dem anwesenden Anlieger des Timpweges im Rahmen des Tagesordnungspunktes 7 – Eingabe zur Verkehrssituation im Bereich des Timpweges (neu)/Zeteler Marsch – zu seinem Anliegen das Wort zu erteilen.

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 3 vom 07.06.2017**

Beschluss:

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Ausweisung von Anwohnerparkplätzen im Bereich des Karl-Marx-Platzes**
Vorlage: 129/2017

Die Verwaltung führte aus, dass der Antrag auf Ausweisung von Anwohnerparkplätzen aus der vorgenommenen Anordnung des einseitigen absoluten Halteverbotes vor den Gebäuden Karl-Marx-Platz 3 und 4 sowie 30 - 33 resultiert. Dieses wurde eingerichtet, um insbesondere den Fluss des Linienverkehrs zu erleichtern. Es wurde darauf hingewiesen, dass genügend öffentliche Parkplätze am Karl-Marx-Platz zur Verfügung stehen und die Entfernungen zu den anliegenden Häusern als zumutbar einzustufen sind. Mit den Bewohnern der genannten Objekte wurde inzwischen ein Konsens bezüglich der Halteverbotszeiten erzielt. Die Ausweisung von Anwohnerparkplätzen würde einen Präzedenzfall für vergleichbare Parkplatzsituationen darstellen. Von daher wurde seitens der Verwaltung vorgeschlagen, den vorliegenden Antrag abzulehnen.

Der Vorschlag der Verwaltung erhielt die Zustimmung von allen Fraktionen.

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes erläuterte die Verwaltung, dass Personen mit einer Schwerbehinderung mit dem Merkmal aG (außergewöhnliche Gehbehinderung) im Schwerbehindertenausweis Behindertenparkplätze nutzen dürfen. Ein Anspruch auf einen Behindertenparkplatz besteht nicht.

Beschlussvorschlag:

Der vorliegende Antrag auf Ausweisung von Anwohnerparkplätzen im Bereich des Karl-Marx-Platzes wird abgelehnt, da die hierfür erforderliche Notwendigkeit unter Berücksichtigung der vorhandenen Parkmöglichkeiten und der als zumutbar zu bewertenden Entfernungen zu den Wohngebäuden nicht gegeben ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Antrag auf Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h im Bereich des Plögerweges**
Vorlage: 130/2017

Die Verwaltung nahm Bezug auf den vorliegenden Antrag und erläuterte die vorliegende Verkehrssituation. So ist ein gefahrloses Passieren des besagten Streckenabschnittes im Plögerweg, auch im Kurvenbereich, bei Einhaltung der vorgegebenen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h möglich. Verkehrsunfälle bezogen auf den Plögerweg sind nicht bekannt. Die Verkehrsteilnehmer, die die Hofstellenzufahrt und -ausfahrt nutzen, müssen sich der Verkehrssituation anpassen. Die Voraussetzungen für eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h sind nicht gegeben.

Die FDP-Fraktion wies auf die örtlichen Einschränkungen im Bereich des Plögerweges hin. So befinden sich der Weg und der Seitenstreifen in keinem guten Zustand, so dass ein Ausweichen auf den Randstreifen bei Gegenverkehr riskant ist. Seitens der FDP-Fraktion wurde die Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h für den Bereich des Plögerweges befürwortet und dem Antrag zugestimmt.

Seitens der Fraktion GRÜNE wurde den Ausführungen der FDP-Fraktion zugestimmt und aus Straßenverkehrssicherheitsgründen die Begrenzung der Geschwindigkeit auf 30 km/h ebenfalls bejaht. Hingewiesen wurde auf die in Kürze geplante Sanierung des Mühlenweges, der sich aus Sicht des Ausschussmitgliedes in einem gleichen Zustand befindet.

Von der SPD-Fraktion wurde signalisiert, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zuzustimmen und den Antrag abzulehnen.

Ein Ausschussmitglied machte darauf aufmerksam, dass der Bereich auch als Boßelstrecke genutzt wird und seitens der Vereine noch keine Gefährdung der Spieler durch den Fahrzeugverkehr angezeigt wurde.

Ein Ausschussmitglied wies darauf hin, dass aufgrund der vorhandenen Heckenbepflanzung bereits eine langsamere Fahrweise bewirkt wird.

Die Verwaltung gab zu bedenken, dass sich der Plögerweg zwar nicht im besten Zustand befindet, zzt. aber keine Unfallgefahr gegeben ist. Sofern die allgemeine Verkehrssicherheit gefährdet wäre, würden entsprechende Bauarbeiten veranlasst werden. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h wäre in dem Fall keine Lösung.

Beschlussvorschlag:

Der vorliegende Antrag auf Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung

von 30 km/h für den Bereich des Plögerweges wird abgelehnt, da die erforderlichen Voraussetzungen für die Beantragung einer entsprechenden verkehrsbehördlichen Anordnung nicht erfüllt werden.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

6. **Antrag auf Umsetzung weiterer verkehrsberuhigter Maßnahmen im Bereich der Umfangstraße**
Vorlage: 131/2017

Die Verwaltung nahm Bezug auf die Anfang Juni in der Umfangstraße durchgeführte Viacountmessung und erläuterte das Resultat der Messungen. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass sich die Geschwindigkeitswerte in diesem Bereich in einem moderaten Rahmen bewegen, so dass von weiteren Straßenbaumaßnahmen im Sinne einer Verstärkung der bereits bestehenden Verkehrsberuhigung sowie einer Ausweitung der vorhandenen Beschilderung abgesehen werden kann. Als auffällig wurde hingegen der hohe Anteil an Schwerlastverkehr mit 265 Fahrzeugen gesehen. Hierzu wird noch eine Prüfung in Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Straßenverkehrsamt erfolgen.

Der Vorschlag der Verwaltung erhielt die Zustimmung von allen Fraktionen.

Bezüglich der insgesamt hohen Anzahl an Fahrzeugen wurde im Ausschuss auch auf die Verkehrsleitung durch die Navigationssysteme hingewiesen. Hier könnte ggf. geprüft werden, ob die Möglichkeit besteht, die Strecke „herauszunehmen“.

Bürgermeister Eiklenborg nahm Bezug auf das in der Sitzung vorgelegte Schreiben der Frau Stephanie Flemke, Umfangstr. 6, vom 27.08.2017, das als **Anlage** dieser Niederschrift beigefügt ist, und wies zum Vorschlag der Frau Flemke, die Brücke für den Durchgangsverkehr zu sperren und nur die Durchfahrt für Fußgänger, Radfahrer, Feuerwehr und Anwohner zu ermöglichen, darauf hin, dass sich die Bewohner Mariensiels in der damals durchgeführten Umfrage mit deutlichem Votum gegen eine Sperrung der Brücke ausgesprochen haben.

Beschlussvorschlag:

Auf Grund des Ergebnisses der im Juni d.J. in der Umfangstraße durchgeführten Viacountmessung werden weder weitere Straßenbaumaßnahmen im Sinne einer Verstärkung der bereits bestehenden Verkehrsberuhigung noch eine Ausweitung der vorhandenen Beschilderung vorgesehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Eingabe zur Verkehrssituation im Bereich des Timpweges (neu) /
Zeteler Marsch**
Vorlage: 133/2017

Von der Verwaltung wurde auf die vorliegende Eingabe des Herrn Jäkel Bezug genommen und ein kurzer Sachstandbericht vorgetragen. Im Ergebnis des am 07.08. vor Ort mit Herrn Jäkel, Vertretern des Straßenverkehrsamtes, der Polizei und der Gemeinde geführten Gespräches wurde festgestellt, dass ein weiterer verkehrsberuhigter Ausbau des Timpweges (neu) ausgeschlossen wird und eine Ausweitung der vorhandenen Beschilderung nicht zielführend ist. Gleichwohl wird eine Erneuerung der vorhandenen Schilder „Spielstraße“ sowie eine Neuaufstellung solcher im Einmündungsbereich Timpweg (neu/alt) beidseitig erfolgen.

Letztes Mittel wäre eine Sperrung der Wegeverbindung, wofür jedoch entsprechende Beschlüsse der Gremien der Gemeinde Sande und Zetel sowie eine verkehrsbehördliche Anordnung erforderlich wären. Zurzeit wird im besagten Wegebereich eine Viacountmessung durchgeführt. Sobald das Ergebnis vorliegt, wird es in einer der nächsten Sitzungen des Fachausschusses bekanntgegeben, um abschließend darüber zu beraten und zu entscheiden.

Der Ausschussvorsitzende erteilte dem anwesenden Herrn Jäkel das Wort.

Herr Jäkel machte darauf aufmerksam, dass eine Überschreitung der erlaubten Geschwindigkeit in einer Spielstraße von bereits 26 – 30 km/h mit einer Strafe von 100 € sowie 1 Punkt und ggf. 1 Monat Fahrverbot geahndet wird und machte damit die Wichtigkeit der Geschwindigkeitsüberschreitung deutlich. Er begrüßte die Viacountmessung, bemängelte aber, dass nicht mehr Kontrollen durch den Landkreis durchgeführt und dadurch Raser bestraft würden, und schlug vor die hierfür erforderlichen Gerätschaften ggf. anzumieten. Er äußerte den Wunsch nach mehr Berichterstattung durch die Presse.

Bürgermeister Eiklenborg bat, zunächst das Ergebnis der Viacountmessung abzuwarten, und gab zu Bedenken, dass das Problem von Fehlverhalten im Verkehr individuell ist und durch Sanktionen nicht ausgeräumt werden kann.

Der Fachausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt zur Kenntnis.

8. **Verkehrssituation im Bereich des Altendeichsweges; hier: Ergebnis einer durchgeführten Viacountmessung**
Vorlage: 132/2017

Von der Verwaltung wurde das Ergebnis der durchgeführten Viacountmessung erläutert. Hingewiesen wurde auf den hohen Anteil an Schwerlastverkehr. Dies wird durch die Verwaltung noch näher geprüft werden. Vermutet wird zum einen, dass die Fahrzeuge durch die Navigationssysteme über die Strecke geleitet werden. Die Verwaltung wird aber auch Kontakt mit den beiden dort ansässigen Unternehmen aufnehmen und klären, welche Lieferverkehre dort anfallen. Das Ergebnis wird für die übernächste Sitzung des Fachausschusses erwartet.

Der Fachausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

9. **Verkehrsunfallgeschehen in Sande, hier insbesondere: L 815 / K 294 (ehem. "Scharfe Ecke", "Sander Ei")**
Vorlage: 134/2017

Anhand der vorliegenden Übersichtskarten ging die Verwaltung auf das Verkehrsunfallgeschehen im Ort Sande und insbesondere am Kreisel „Sander Ei“ ein.

Es wurde u. a. dargestellt, dass der Wert von 7 Verkehrsunfällen am Kreisel im Zeitraum 2014 – 2016 gemessen am Fahrzeugaufkommen als „überschaubar“ anzusehen ist. Auch im Zeitraum von Januar – Juli 2017 war nur ein Verkehrsunfall zu beklagen.

Die zu den Übersichtskarten gehörende Zeichenlegende wird als **Anlage** zum Protokoll nachgereicht.

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes teilte die Verwaltung mit, dass die Unfallzahlen im Vergleich zur damaligen „Scharfen Ecke“ in etwa gleich geblieben sind.

Ein Ausschussmitglied gab zu Bedenken, dass vermehrt Unfälle mit Beteiligung von Fahrradfahrern zu verzeichnen sind und viele Autofahrer die Verkehrsregeln in Kreisverkehren innerorts und außerorts nicht kennen bzw. beachten.

Von der Fraktion GRÜNE wurde auf die vor Kurzem auf dem Marktplatz in Sande durch die Oppositionsparteien FDP und GRÜNE durchgeführte Befragung der Bürger zum Thema Radwegsituation in der Gemeinde Sande hingewiesen, bei der Fahrradfahrer von vielen Beinaheunfällen berichteten, die nicht erfasst werden, und eine hohe Gefährdung am

Kreisel „Sander Ei“ sowie den Ausfahrten zur Hauptstraße ansprachen. Es wurde angeregt, die Zusammenfassung dieser Bevölkerungsumfrage abzuwarten, deren Ergebnis zur Kenntnis an die Verwaltung bzw. den Fachausschuss gegeben wird, um daraus, neben der Aufforderung zur gegenseitigen Rücksichtnahme und erhöhten Aufmerksamkeit, Konsequenzen entwickeln zu können.

Von einem Ausschussmitglied wurde angeregt, eventuell durch den Einbau einer „Bodenwelle“ die nötige Aufmerksamkeit der Autofahrer zu erlangen.

Der Fachausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

10. **Straßenunterhaltungsarbeiten 2017**
Vorlage: 128/2017

Von der Verwaltung wurde eingangs über das Ergebnis der durchgeführten Ausschreibung der Straßenunterhaltungsarbeiten informiert.

Anschließend zeigte die Verwaltung im Rahmen der geplanten Aufarbeitung von Wanderwegen den Zustand der jeweils stark frequentierten Fußwege An der Lehmbalje, Am Schwarzen Brack sowie An der Wurt/Tideweg (jeweils am Ortsrand) auf, wobei die Sanierung des Wanderweges An der Lehmbalje aufgrund der dort bei Nässe bestehenden Rutschgefahr als vorrangig eingestuft wurde.

Auf die Nachfragen aus dem Fachausschuss erläuterte die Verwaltung, dass die an den Wanderwegen durchgeführten Arbeiten dokumentiert würden. Die Kosten für Sanierung eines Wanderweges belaufen sich auf ca. 20.000,00 €.

Die für die Aufbereitung von Wegen angeschaffte Maschine ist in diesem Jahr noch nicht zum Einsatz gekommen, da für den Einsatz der Maschine immer zwei Mitarbeiter erforderlich sind, diese aufgrund des hohen Personalbedarfs in der Grünbereichspflege zzt. nicht gestellt werden können.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird mit der Sanierung des Wanderweges An der Lehmbalje im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel beauftragt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. **Abschluss einer Vereinbarung nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz für den BÜ Südstraße**

Vorlage: 127/2017

Von der Verwaltung wurde erläutert, dass im Rahmen der Bahnstreckensanierung Varel - Wilhelmshaven der Bahnübergang Südstraße umgestaltet werden wird. Dies schließt auch eine Verbesserung der Straßenverkehrssituation ein, indem Zufahrten zur Südstraße neu und in einem größeren Abstand zur Bahnüberführung hergestellt werden müssen. Der hierfür von der Gemeinde zu tragenden Kostenanteil beträgt 62.262,92 €, wobei hierauf ein Zuschuss von 75 % aus dem Entflechtungsgesetz erreicht werden kann.

Auf die Anregung eines Ausschussmitgliedes, dass die Verkehrsführung kostengünstiger durch das Aufstellen von entsprechenden Verkehrszeichen erreicht werden könnte, wies die Verwaltung auf die bereits im Planfeststellungsverfahren gestalteten und beschlossenen Maßnahmen hin.

Beschlussvorschlag:

Aufgrund gesetzlicher Vorgaben schließt die Gemeinde Sande zur Verbesserung der Sicherheit des Bahnüberganges Südstraße mit der DB Netz AG eine Kreuzungsvereinbarung ab. Der seitens der Gemeinde Sande zu tragende Anteil beträgt 62.262,92 Euro, worauf ein 75 %iger Zuschuss aus dem Entflechtungsgesetz erreicht werden kann.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung

12. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

- a) Die Verwaltung informierte darüber, dass es am Kanalweg im Bereich zwischen Neumarienhausen und Sander Mühle aufgrund von Arbeiten der Netz Avacon an den Freileitungsmasten zu Verkehrsbeschränkungen kommen wird, die bis Ende des Jahres andauern werden. Der Bereich wird gesperrt werden, auch für Radfahrer.
- b) Von der Verwaltung wurde zur Kenntnis gegeben, dass eine Viacountmessung an der Dollstraße im Bereich Ortsein-/Ortsausgang erfolgt ist. Das Ergebnis wird zur übernächsten Sitzung des Fachausschusses vorliegen.
- c) Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes, ob Kontrollen der Durchführung der Straßenreinigungspflicht der Straßenanlieger erfolgen, teilte die Verwaltung mit, dass die Gemeinde durch eigene Feststellungen, aber auch aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung bei Vernachlässigung der Straßenreinigungspflicht Kontakt mit den Anliegern aufnimmt, zunächst ein Hinweis und

notfalls erforderlich später eine Aufforderung mit Bußgeldandrohung erfolgt.

- d) Ein Ausschussmitglied bat um Auskunft, ob bereits ein Gestaltungskonzept für eine Ersatzpflanzung für die an der Straße An der Waage entfernten Bäume entwickelt wurde. Von der Verwaltung wurde mitgeteilt, dass dies geplant ist, aufgrund von vordringlichen Arbeiten aber zunächst zurückgestellt werden musste.
- e) Im Hinblick auf die beabsichtigte Fällung von ortsbildprägenden Bäumen an der Hauptstraße fragte ein Ausschussmitglied an, inwieweit ein Eingreifen zum Schutz der Bäume möglich ist und diese gesichert bzw. neue Bäume aufgenommen werden könnten. Die Verwaltung erläuterte, dass vor ein paar Jahren unter Mitwirkung der Bürger ein Baumkataster erstellt wurde, in dem ortsbildprägende Bäume und Baumgruppen erfasst wurden. Alle Eigentümer wurden angeschrieben und angeregt, Bäume möglichst zu erhalten. Eine Aufnahme neuer Bäume wäre möglich. Von einer Regelung durch eine Baumschutzsatzung hatte der Rat damals Abstand genommen. Befürchtet wurde auch, dass vor Inkrafttreten einer Satzung viele Bäume entfernt worden wären. Der Schutz ortsbildprägender Bäume ist nur über eine Baumschutzsatzung möglich, in der entweder einzelne Bäume aufgenommen werden könnten oder pauschal ein Stammdurchmesser festgelegt werden könnte. Durch Satzung geschützt sind zzt. nur die in Bebauungsplänen aufgenommenen Einzelbäume und Baumalleen und -gruppen.
- f) Ein Ausschussmitglied stellte positiv fest, dass die Straßeneinsicht im Bereich der Einmündung der Straße Am Markt in die Hauptstraße (Grünfläche Öffentl. Versicherung) wieder optimal hergestellt ist und der in die Graft im Ulfersschen Gelände gestürzte Baum auf das Schreiben der Gemeinde hin durch die Anlieger entfernt wurde.
- g) Auf die Frage eines Ausschussmitgliedes, warum der Landkreis Friesland keine Geschwindigkeitskontrollen (Blitzer) als Verkehrstipp in der Presse ankündigt, wies die Verwaltung darauf hin, dass zu diesem Thema verschiedene Auffassung vertreten werden und eine Verpflichtung hierzu nicht besteht.
- h) Von einem Ausschussmitglied wurde Bezug genommen auf den Vorschlag, die Möglichkeit zu nutzen, die Pflege öffentlicher Grünanlagen als ehrenamtliche Aufgabe an Bürger abzugeben, und angefragt, inwieweit dies bereits verwirklicht werden konnte. Von der Verwaltung wurde mitgeteilt, dass dieser Vorschlag im Rahmen der Haushaltskonsolidierung als Prüfauftrag an die Verwaltung ergangen ist. Im Vorfeld konnten für eine Grünfläche An

der Waage und am Timpweg Pflegepaten gewonnen werden. Diese beiden Projekte sollen zum Anlass genommen werden, dafür zu werben und dieses in der Presse und im Rahmen einer geplanten Veranstaltung mit den Bürgervereinen vorzustellen, um so ggf. weitere Bürger für die Pflege von Grünanlagen zu gewinnen.

Nach einer kurzen Unterbrechung wurde in nichtöffentlicher Sitzung weiterberaten.

Schluss der Sitzung: 19:40 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin